



Rede
des Parlamentarischen Staatssekretärs
beim Bundesminister der Finanzen
Herrn Hartmut Koschyk MdB

**„Die Krisenbewältigung unserer Tage
aus christlicher Verantwortung“**

**anlässlich der Veranstaltung
„... aus erster Hand“
des CVJM Bayreuth**

am 23. November 2012
im CVJM-Haus Bayreuth

Es freut mich sehr, dass ich heute Abend hier beim CVJM in Bayreuth zur Bewältigung der gegenwärtigen Finanzkrise vor dem Hintergrund unserer christlichen Verantwortung vortragen darf. Das Thema liegt mir besonders am Herzen. Es sollte auch Anlass sein, so gut es geht über den aktuellen Tellerrand hinaus zu blicken.

Die Verantwortlichen in der Politik haben täglich eine Vielzahl an Aufgaben und Problemen zu bewältigen. Fragen über die Zukunft der Arbeit, über die Nachhaltigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme, über die Zukunft der Familien, über unser Bildungssystem, über die Endlichkeit der Ressourcen, den Energieumstieg und darüber, wie wir mit dem Anspruch anderer Länder auf der Welt umgehen, die für sich natürlich ein gleiches Maß an Wohlstand und sozialer Sicherheit beanspruchen wie wir. Diese Frageliste ließe sich noch erheblich erweitern. Ohne Grundsätze, Werte und Leitbilder, die Halt und Orientierung geben, werden wir diese Fragen nicht beantworten können, keine Lösungen finden und auch unsere berechtigten Interessen nicht vertreten können.

Wer im Meer der verschiedenen Interessen nicht orientierungslos hin- und hergetrieben werden will, der braucht einen verlässlichen inneren Kompass.

Worauf soll dieser Kompass ausgerichtet sein?

„Wo Gott die Ehre gegeben wird, da wird die Menschlichkeit des Menschen gepflegt“ hatte Johannes Calvin gesagt. In der Enzyklika von Papst Benedikt XVI. „Caritas in Veritate“ wird betont „das erste zu schützende und zu nutzende Kapital der Menschen ist die Person in ihrer Ganzheit“.

Wenn nun der Mensch der zentrale Orientierungspunkt jedes politischen Handelns ist, dann stellt sich die Frage: Was ist unser Bild vom Menschen? Für mich ist es wichtig, mich vom christlichen Menschenbild leiten zu lassen. Das heißt, von einem Menschenbild als Ebenbild Gottes, welchem die Freiheit zusteht, sich nach eigenen Fähigkeiten und Neigungen zu entfalten. Es ist wahrlich eine Freiheit, die keineswegs grenzenlos ist. Es ist keine rücksichtslose Freiheit, es ist keine Beliebigkeit, sondern es ist eine Freiheit zu etwas, eine Freiheit zur Teilhabe und vor allem zur Zuwendung zu anderen Menschen

und das bedeutet, die Bereitschaft, Verantwortung für andere Menschen zu übernehmen.

Das dahinterstehende Menschenbild ist allerdings unvereinbar mit einem staatlichen Streben, Menschen zu bevormunden, zu entmündigen und sie entgegen ihrer natürlichen Unterschiedlichkeiten gleichzumachen. Das war ein Ansatz, den wir gerade in den kommunistischen Diktaturen immer wieder gespürt haben: die staatliche Hybris, Menschen sozusagen nach einem eigenen Bilde zu formen. Dies verbietet sich nach dem christlichen Menschenbild.

Verantwortete Freiheit drückt sich in Toleranz aus, aber wiederum nicht in einer beliebigen Toleranz, sondern in einer Toleranz, die die Fähigkeit beinhaltet, sich auf den Anderen einzulassen, ihn in seinem Anderssein zu akzeptieren und es als Bereicherung zu empfinden, nicht als Last. Das ist eine der großen Tugenden, die der Begriff Toleranz in sich birgt.

Natürlich wird jeder, der sich als Politiker auf das christliche Menschenbild beruft, in Kauf nehmen müssen, dass an ihn besondere Maßstäbe gelegt

werden. Gleichzeitig müssen wir uns eingestehen, dass wir unvollkommen sind.

Dieses Wissen, darf natürlich nicht dazu führen, dass wir lethargisch werden.

Wir sind vielmehr mit dem Anspruch in die Welt gestellt, diese Welt so zu gestalten, dass wir mit ihr verantwortungsvoll umgehen.

Unsere Unvollkommenheit gebietet es auch, dass wir demütig werden. Diese Demut bewahrt uns davor, Freiheitsräume anderer zu beschneiden. Sie bewahrt uns auch vor der ganz großen Gefahr, zu definieren, wann nach unserer Meinung Leben lebenswert und Leben nicht lebenswert ist.

Deshalb ist es wichtig, dass wir akzeptieren, dass sich auch unsere Kirchen immer wieder als kritisches Korrektiv unserer Politik einmischen.

Es kann im Zeitalter der Globalisierung freilich schnell so scheinen, als sei die Orientierung am christlichen Menschenbild überholt. Es ist im 21. Jahrhundert notwendig, ökonomisch und politisch weltweit zu agieren und Lösungen für Probleme zu finden, die weder nur bei uns ihren Ursprung haben, noch allein von uns gelöst werden können.

Das zwingt uns zur Zusammenarbeit mit Partnern, die sich nicht dem christlichen Glauben verpflichtet fühlen. Mit diesen können wir uns nur einigen, wenn wir gemeinsame Grundlagen der Verständigung finden. Politik im Zeitalter der Globalisierung müsste demnach danach streben, jenseits der Vielfalt im Bereich religiösen Glaubens Fixpunkte auszumachen, die eine solche globale Verständigung ermöglichen.

Diese Herausforderung stellt sich keinesfalls allein als Folge der Globalisierung. Könnte das christliche Menschenbild nur dann politisch von Bedeutung sein, wenn alle Beteiligten sich über ihre christlichen Wurzeln einig wären, dann würde es uns auch in Deutschland nicht mehr viel nützen. Denn der christliche Glaube ist auch bei uns längst nicht mehr unumstrittener Konsens der gesamten Gesellschaft. Auch in Deutschland und generell in Europa ist das Christentum mittlerweile Teil einer pluralen Gesellschaft geworden. National wie global ergibt sich deshalb dieselbe Schwierigkeit: Wie lassen sich politische, wirtschaftliche und soziale Überlegungen, die auf dem christlichen Menschenbild beruhen, in die Bemühungen um einen gesellschaftlichen Konsens einbringen,

ohne dass alle Gesprächsteilnehmer von denselben Grundlagen ausgehen?

Der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde hatte zu Recht gesagt „Der freiheitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“.

Sagt man, das sei nicht möglich, dann stünden wir auch in Deutschland als Politiker mit christlichem Bekenntnis vor schwierigen Rechtfertigungsproblemen.

Ich möchte dieser Logik jedoch in aller Form widersprechen. Die bleibende Bedeutung des Christliche Wertefundament entscheidet sich national wie auch global nicht primär daran, wie viele Menschen sich in Deutschland und weltweit zum christlichen Glauben bekennen. Die Relevanz unserer Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes ergibt sich daraus, dass dieses von bleibender Aktualität ist und sich gerade auch in zentralen Fragen der Gegenwart bewährt. Viele der Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, lassen sich auf seiner Grundlage zumindest besser verstehen und in Angriff nehmen.

Gerade die jüngste finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise bietet dafür viele Belege.

In den zurückliegenden Jahren mussten die Finanzmärkte reguliert, Wirtschaft und Arbeitsmarkt stabilisiert und die Euro-Zone reformiert werden.

Zu den dafür notwendigen Maßnahmen gehörten in Deutschland die Liquiditätssicherung bedrohter Banken, die Konjunkturpakete, um den Rückgang der privaten Nachfrage teilweise auszugleichen, sowie inzwischen die Einführung des Euro-Rettungsschirms zur Sicherung der Stabilität der Euro-Zone und der EU insgesamt.

Das sind wichtige, jedoch „nur“ technische Maßnahmen. Darüber hinaus fordert uns die Krise auf, nachzudenken, welche grundlegenden Defizite unseres gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftssystems vermittelt. Hier stoßen wir auf Probleme, die sich durch die genannten „technischen“ Maßnahmen allein nicht beseitigen lassen.

Die soziale Marktwirtschaft beruht auf menschlichen Gewinnstreben.

Das ist gut und richtig, denn sie nimmt den Menschen an, wie er ist. Der Erfolg der sozialen Marktwirtschaft hat gerade darin seine Wurzel, dass sie keinen Idealmenschen voraussetzt. Ihre Menschenbezogenheit ist ihre Stärke. Aus dieser Stärke wird aber eine Schwäche, wenn wir vergessen, dass der hemmungslos nach Gewinn strebende Mensch ein zutiefst ambivalentes Wesen ist, dessen grenzenloses Begehren für andere, für die Umwelt und letztlich auch für ihn selbst zu geradezu gefährlichen Konsequenzen führen kann. Hier hat sowohl die katholische Soziallehre, z. B. durch den Theologen, Jesuiten und Nationalökonom Oswald von Nell-Breuning, wie die evangelische Sozialethik, hier möchte ich z. B. Martin Honecker nennen, von der Reformation bis heute unverzichtbares beigetragen.

Deshalb muss die Bejahung der Marktwirtschaft einhergehen mit ihrer politischen Kontrolle und Begrenzung im Sinne sozialer – und ökologischer – Prinzipien. Der Markt braucht Regeln und Grenzen. Dies ist einer der Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft.

Der Mensch als Gottes Geschöpf muss seine Begrenztheit erkennen und dazu immer wieder gemahnt werden. Das tut die christliche Tradition, in dem Sie den Menschen durch seine Verantwortung vor Gott und durch das Gebot der Nächstenliebe an seine Verantwortung für sich und andere erinnert, aber auch an seine Verantwortung gegenüber dem Schöpfer und seiner Schöpfung.

Diese Einsicht ist nicht überholt. Sie ist auch nicht dadurch entwertet, dass bei uns und anderswo der christliche Glaube nicht von allen geteilt wird. Denn die Grundgedanken, um die es geht, lassen sich auch denen vermitteln, die nicht christlichen Bekenntnisses sind.

Wir leben in einer sich rasant verändernden Welt. Gerade das macht es wichtig, die moralischen Grundlagen unseres politischen Handelns nicht aus dem Blick zu verlieren. Das christliche Menschenbild mit seinen humanen Konsequenzen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik ist dafür die Grundlage. Gerade unter den Bedingungen globaler Märkte tun wir gut daran, an ihm festzuhalten und uns erneut darauf zu besinnen.

Aus dem christlichen Menschenbild lassen sich zwar in vielen Situationen keine eindeutigen, konkreten Handlungsanweisungen ableiten. Aber wir sind dazu verpflichtet, uns immer wieder unseres Leitbildes zu vergewissern und unsere Politik in dem von mir beschriebenen Umfeld zu gestalten. Die Präambel unserer Grundgesetzes bringt es prägnant auf den Punkt: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Ich denke sehr häufig daran, was für eine Weisheit uns was für eine tiefe Demut die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes geleitet haben, als sie es geschrieben haben. Diesem Gottesbezug unseres Grundgesetzes liegt die bittere Erkenntnis unserer Gründermütter und –väter aus der Zeit des NS-Regimes zugrunde, dass dort wo Gott nicht mehr sein darf, im Sinne des Wortes „der Teufel los ist“.

Wenn wir heute ein neues Grundgesetz zu schreiben hätten, weiß ich nicht, ob wir noch eine Mehrheit für diesen wunderbaren Vorsatz bekämen: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“

Verantwortete Freiheit leben, was bedeutet das? Was bedeutet das zum Beispiel für die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Zeiten zunehmender Globalisierung? Die Weltwirtschaft ist nach dem tiefsten Abschwung seit Ende des Zweiten Weltkrieges wieder in Schwung gekommen. Trotzdem haben die Menschen, Sorge um Ihren Arbeitsplatz und ihre Zukunft. Für die Entwicklungsländer war die Wirtschafts- und Finanzkrise umso schlimmer, als sich viele Kapitalgeber aus ihnen zurückgezogen haben. Uns traf die Krise schon massiv, aber wenn wir nach Afrika schauen, wenn wir in manche asiatischen Schwellenländer schauen, so sehen wir, in welche Nöte die Völker dort gestürzt wurden.

Im zu Ende gehenden Jahr 2012 blickt Europa auf eine ganze Reihe von Krisen zurück: die Bankenkrise wurde zur Finanzkrise, die Finanzkrise ging über in eine Wirtschaftskrise und aus dieser resultierte schließlich eine Staatsschuldenkrise, an deren Überwindung die Politik jetzt mit Nachdruck arbeiten muss.

Die hohe Verschuldung, mit der eine Reihe von Ländern der Europäischen Union konfrontiert ist, stellt zum einen eine kurzfristige Reaktion auf die Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise dar. Zum anderen ist sie jedoch auch langfristige Konsequenz falscher Haushalts- und Wirtschaftspolitik einiger Euroländer und unzureichender Sparmaßnahmen in guten Zeiten. Wir können uns bei den Krisen in Europa und zum Teil weltweit nicht zurücklehnen.

Das bedeutet für unsere Finanzpolitik dass diese besser reguliert werden muss.

Die Finanzkrise hat gezeigt, wie die menschliche Gier, der keine Grenzen gesetzt werden, zu zerstörerischen Konsequenzen führen kann. Zwar gibt es keine Patentlösungen. Auf eine einfache Formel gebracht, möchte ich aber sagen: Ein Land wie Deutschland kann allein nicht in der globalisierten Wirtschafts- und Finanzwelt bestehen. Aus diesem Grund ist die europäische Integration und eine gerechte und nachhaltige Weltwirtschaftsordnung in unserem ureigensten Interesse.

Wenn wir heute viel von europäischer Solidarität sprechen, von unserer Bereitschaft Ländern, die sich momentan in wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten befinden zu helfen, dann darf das nicht so verstanden werden, als handelte es sich dabei aus deutscher Sicht um eine gänzlich uneigennützigte Hilfeleistung. In dem wir anderen im Rahmen unserer Möglichkeiten helfen, helfen wir auch uns selbst.

Anders als viele selbsternannte Experten und Medien behaupten, hat die Staatsschuldenkrise keine Euro-Krise hervorgerufen. Der Euro blieb auch während der Krisenjahre stabil – sowohl in Hinblick auf den Innenwert (durchschnittlich geringere Inflation im Vergleich zu den fünf letzten D-Mark-Jahrzehnten) als auch hinsichtlich des Außenwertes (seit Einführung der Gemeinschaftswährung 1999 ist der Wert von 1,18 US-Dollar auf 1,27 US-Dollar je Euro gestiegen).

Darüber hinaus hat sich der Euro als internationale Reservewährung etabliert, was die Entwicklung eindrücklich belegt. Während andere Währungen von internationaler Bedeutung, wie der US-Dollar

oder der Yen, Anteile an den weltweiten Devisenreserven einbüßen mussten, hat der Euro hinzugewonnen und sich von knapp 18 Prozent im Jahr 1999 auf rund 25 Prozent Ende 2011 gesteigert.

Dennoch ist augenscheinlich, dass unsere gemeinsame europäische Wirtschafts- und Währungsunion Schwachstellen hat. Diese wurden durch die Staatsschuldenkrise schonungslos offen gelegt:

- Die institutionellen Vorkehrungen gegen Überschuldung waren unzureichend.
- Die wirtschaftspolitische Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten ging bisher nicht weit genug.
- Die Finanzmärkte waren zu wenig reguliert.
- Der Wirtschafts- und Währungsunion hat ein institutioneller Schutz- und Nothilfemechanismus gefehlt.

Damit sich die Staatsschuldenkrise nicht letzten Endes doch zur Euro-Krise und somit zur EU-Krise entwickelt, haben die Staats- und Regierungschefs

gemeinsam mit den Finanzministern des Euroraums gehandelt und eine umfassende Gesamtstrategie zur Reform und Stabilisierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion entworfen. Sie basiert auf drei Säulen:

- Die Krisenländer müssen substanzielle Eigenanstrengungen zur Wiedergewinnung von Schuldentragfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unternehmen.
- Es sind Krisenbewältigungsmechanismen erforderlich, um Krisenländern auf diesem Weg notwendige Zeit zu geben und die Stabilität der Eurozone als Ganzes zu sichern.
- Darüber hinaus ist eine Stärkung des europäischen Rahmenwerks, vor allem der Mechanismen zur finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Koordinierung erforderlich, um künftigen Krisen wirksamer vorzubeugen.

Deutschland hat sich auf europäischer Ebene von Anfang an nachdrücklich dafür eingesetzt, dass strukturelle Reformen in den Krisenländern selbst den Ausgangspunkt einer nachhaltig erfolgreichen Strategie zur Überwindung der Schuldenkrise

bilden müssen. Diese Sichtweise hat sich in Europa durchgesetzt, und der Kurs zeigt erste Erfolge.

Mit Blick in die Zukunft muss ein entscheidender Schritt zu mehr finanzpolitischer Stabilität in der Eurozone natürlich aus einer konsequenten Krisenprävention kommen. Aber: Auch im besten Regelwerk sollten Maßnahmen für den Eintritt von Krisenfällen vorgesehen sein.

Das geschieht nun langfristig und nachhaltig durch die Einrichtung des permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der im September diesen Jahres in Kraft getreten ist und seine Tätigkeit am 8. Oktober 2012 aufgenommen hat.

Die effektive Darlehenskapazität des ESM wird 500 Mrd. Euro betragen. Dies ist ausreichend hoch, um in Krisenzeiten Ansteckungsgefahren innerhalb des Euroraums zu vermeiden.

Somit sind wir in Zukunft für den Fall der Fälle verlässlich und ausreichend gewappnet.

Die Inanspruchnahme des ESM durch gefährdete Länder ist an feste Regeln geknüpft und mit strikten Auflagen verbunden. Das heißt: Es gibt nur Solidarität, wenn es Solidität gibt.

Reformen im Rahmen der bestehenden Verträge sind jedoch nicht ausreichend.

Daher wird auf maßgebliches Betreiben Deutschlands die finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung in der Eurozone mit dem von nahezu allen Mitgliedstaaten unterzeichneten Fiskalvertrag nochmals substantziell verstärkt.

Der Vertrag beinhaltet:

- Die Maßgabe, die gesamtstaatlichen Haushalte der Vertragsstaaten auszugleichen oder mit einem Überschuss abzuschließen;
- Die Vorgabe, dies in Form von dauerhaften und verbindlichen nationalen Schuldenbremsen, vorzugsweise mit Verfassungsrang, in die nationalen Rechtsordnungen einzuführen, nach dem Vorbild der grundgesetzlich verankerten deutschen „Schuldenbremse“; sowie
- Die Verpflichtung einer ordnungsgemäßen Umsetzung in nationales Recht, die durch ein

sanktionsbewehrtes, automatisiertes

Klageverfahren vor dem EuGH sichergestellt wird.

- Mitgliedstaaten, die sich in einem Defizitverfahren befinden, haben konkrete Strukturreformen im Rahmen eines Haushalts- und Wirtschaftspartnerprogramms umzusetzen, deren Einhaltung durch die Europäische Kommission und den Rat der Europäischen Union überwacht wird.
- Künftig werden gegen Länder, die zu hohe Haushaltsdefizite haben, quasi automatisch Sanktionsmaßnahmen eingeleitet. Sämtliche Beschlüsse und Empfehlungen im Rahmen eines Defizitverfahrens sollen nur noch mit einer qualifizierten Mehrheit der Euro-Staaten gestoppt werden können.

25 Mitgliedstaaten haben den Fiskalvertrag unterzeichnet (Ausnahme: GBR, CZE). Er durchläuft zur Zeit noch in einigen Ländern das Ratifizierungsverfahren. Der Vertrag wird in Kraft treten, wenn ihn 12 Euroländer ratifiziert haben.

Mindestens 11 Eurostaaten haben ihn bereits ratifiziert, darunter auch Deutschland und

Frankreich. Ziel ist, dass der Vertrag am 1. Januar 2013 in Kraft tritt.

Darüber hinaus wurde die Aufgabe Finanzmarktregulierung und -aufsicht angegangen. Europa hat eine neue Finanzaufsicht erhalten, die auf eine größere Widerstandsfähigkeit und Solidität des Finanzsektors hinwirken wird.

Drei neue europäische Aufsichtsbehörden im Banken-, Versicherungs- und Wertpapierbereich werden bei der Instituts- und Marktaufsicht mit den nationalen Aufsichtsbehörden zusammenarbeiten.

Die Realität der Finanzmarktintegration ist heute vielfach weiter als die der politischen Integration. Zudem hat die Krise gezeigt, wie stark die Risiken schwacher Staaten mit den Risiken schwacher Banken zusammen hängt. Will man diese erheblichen Wechselwirkungen besser in den Griff zu bekommen, ist eine gemeinsame Bankenaufsicht für Europa, zumindest aber für die Eurozone, unumgänglich.

Die Staats- und Regierungschefs haben daher im Juni beschlossen, einen solchen einheitlichen Bankaufsichtsmechanismus ins Leben zu rufen.

Die Europäische Kommission hat Gesetzgebungsvorschläge vorgelegt, an denen nun mit Hochdruck gearbeitet wird. Deutschland nimmt das Ziel und den Zeitplan sehr ernst. Allerdings sind die bisher vorgelegten Vorschläge weder rechtlich noch im Detail ausreichend, um die vom Europäischen Rat klar gesteckten Ziele zu adressieren. Es braucht weiterhin großer Anstrengungen, um zu akzeptablen Lösungen zu kommen. Über die Bankenaufsicht hinaus gehen die Arbeiten zur Vertiefung der Europäischen Währungsunion weiter.

Oberstes Ziel ist es, die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit Europas zurückzugewinnen und das Projekt Europa weiter voranzubringen. In den kommenden Wochen und Monaten werden hierzu noch intensive Diskussionen erforderlich sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Lehren aus der Krise wurden gezogen und die Erkenntnis ist da, dass sich Dinge ändern müssen. Jetzt kommt es darauf an, die Maßnahmen, die auf den Weg gebracht wurden,

auch konsequent umzusetzen um die Europäische Stabilitätsunion in die Realität umzusetzen.

Auch wenn dieser Weg oftmals nicht einfach – und auch nicht einfach zu erklären – ist. Wir sollten uns dabei vor Augen führen, dass es stets gute politische und wirtschaftliche Gründe für die Einigung Europas in der Vergangenheit gab und erst recht für die Zukunft gibt. Die deutsche Einheit wäre ohne Europa ganz gewiss nicht möglich gewesen.

Deutschland profitiert aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht enorm vom Euro und der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft profitiert davon, dass es innerhalb des Euroraums keine Wechselkursschwankungen gibt. Durch den Wegfall der Wechselkursrisiken sparen deutsche Unternehmen Jahr für Jahr Transaktionskosten in erheblichem Umfang. Verbraucher profitieren von Preistransparenz und einem stärkeren Wettbewerb, der zu größerer Vielfalt und zu geringeren Preisen führt. Im Jahr 2011 gingen circa zwei Drittel der deutschen Exporte in Länder der Europäischen

Union und davon wiederum zwei Drittel in Länder der Eurozone. Millionen von Arbeitsplätzen hängen in Deutschland von diesem europäischen Binnenmarkt ab. Für all diese Vorteile des Euro – und für Europa – lohnt es sich zu kämpfen.

Nach dem großen Schock der Finanzkrise haben wir uns bereits erstaunlich gut wieder gefangen.

Und das Ergebnis der Eurokrise, soweit es sich bereits abzeichnet, besteht nicht in einem Zerfall der Eurozone und einem Rückfall in nationalistische Konfrontation, sondern in einem weiteren Schub an europäischer Einigung.

Nicht in jedem Fall hat uns der christliche Glaube bei der Krisenbewältigung sofort und unmittelbar die passenden Ratschläge gegeben.

Aber ich bin der Überzeugung, er trägt viel dazu bei, bei den notwendigen Maßnahmen das passende Verhältnis von Solidarität und Verantwortung, ja auch Eigenverantwortung, zu finden.

Was wir bisher schon erreichen konnten, dürfen wir uns keineswegs allein selbst zuschreiben. Im Gegenteil. Wir sollten Gott von Herzen dankbar sein, ihm dafür danken und ihn loben. Wir sollten mit Mathias-Claudius immer daran denken: „Wir säen und wir streuen, den Samen auf das Land.“

Doch Wachstum und Gedeihen das liegt in Gottes Hand.“

Wir haben in Europa eine besondere Verantwortung zur Verantwortung, was auch Führung bedeutet.

Aber dies können wir nur im Miteinander mit unseren europäischen Partnern leisten. Wir müssen dieser Verantwortung gerecht werden. Ich bin überzeugt, dass Europa aus diesem Prozess gestärkt hervorgehen wird.